

# ZeitZeugenBrief

Wir organisieren und vernetzen Erinnerungsarbeit ❖ März/April 2021



1. Reihe: Gebärdendolmetscherin, Michael Wildt, Deborah Hartmann

2. Reihe: Eva Gruberová und Marina Chernivsky

Foto: screenshot

## Antisemitismus und Shoah Zwischen Historisierung und Gegenwartsbezug Von Eva Geffers

In der livestreaming-Veranstaltung am 20. Januar 2021 zum 79. Jahrestag der Wannsee-Konferenz ging es um die zentrale Frage: *Hilft das Gedenken an die Shoah im Kampf gegen den aktuellen Antisemitismus?*

Zu dem Vortrag mit anschließender Diskussion hatte die neue Leiterin der Gedenkstätte **Deborah Hartmann** ein hochkarätig besetztes Podium eingeladen.

Neben Michael Wildt, Historiker an der Humboldt-Universität Berlin, hatten sich die Leiterin des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment/OFEK, Marina Chernivsky, und die Journalistin und Projektleiterin am Max-Mannheimer-Studienzentrum in Dachau, Eva Gruberová dazugeschaltet. Und der Ansprechpartner des Landes Berlin

zu Antisemitismus, Samuel Salzborn, beteiligte sich mit einem Grußwort.

*Deborah Hartmann* leitete die Diskussion mit der Frage ein: „Welchen Beitrag können Gedenkstätten und historisch-politische Bildung beim Kampf gegen den Antisemitismus leisten?“

Sie begann ihre Ausführungen mit dem Statement: „Gedenkstätten wie das Haus der Wannsee-Konferenz wollen und müssen Teil

Inhalt	
Geffers: Antisemitismus und Shoah	1
Partnerschaft	2
Besser: Beginn einer neuen Ära	3
Triesch: Ehrlichkeit...	5
Rackow: Stalin-Geschrei	7
Draeger: Togo – to go -	8
Raphael Brähler	9
Brähler: Politische Instrumentalisierung	9
Kiesewetter-Giese: 30 Jahre...	10
Verschickungen in der Kindheit	12
Gratulationen	12
Impressum	12

der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung sein“. Die Frage, inwieweit Gedenkstätten neben der Vermittlung historischer Gegebenheiten auch aktuelle Formen des Juden- und Israelhasses thematisieren sollen, sei essentiell.

*Samuel Salzborn* führte aus, dass „die Grundlage aller heutigen Erscheinungsformen von Antisemitismus immer auch eine Form der Nichtaufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit [ist], die in Schuldabwehr und Täter-Opfer-Umkehr mündet“.

Für *Michael Wildt* kommt der Bildungsarbeit von Gedenkstätten eine zentrale Funktion im Kampf gegen Antisemitismus zu. In seinem Vortrag zum Thema „Volksgemeinschaft und Antisemitismus“ führte er aus: „Der Begriff der Volksgemeinschaft, wie er von den Nationalsozialisten zur Ausgrenzung von Juden und anderen Minderheiten verwendet wurde, findet sich bis heute im Vokabular rechtsextremer und neonazistischer Antisemiten“

*Eva Gruberová* ging auf die Grenzen der Aufklärungsarbeit von Gedenkstätten ein „Das historische Wissen allein immunisiert nicht gegen antisemitische Ressentiments.“ Vielmehr komme es bei den Gedenkstättenfahrten von Schulklassen auf die inhaltliche Nachbereitung an und den Besuch eines originalen Täterortes mit einem emotionalen Zugang zu verknüpfen.

Für *Marina Chernivsky* ist der Rückgriff auf die Vergangenheit ein entscheidendes Mittel in der pädagogischen Arbeit. „Wenn es zu den Anschlägen wie dem Attentat in Halle kommt, ist die Erinnerung an die Shoah unumgänglich“. Ihrer Ansicht nach bietet die Verbindung von historischem und aktuellem Antisemitismus eine Chance für die Bildungsarbeit, da sie die „emotionale und biografische Distanz junger Menschen“ zur Shoah aufbreche.

In der zweistündigen, vielfältigen Diskussion ging es auch um den Wert der Zeitzeugen, deren Beiträge zur Geschichtsvermittlung aus der Sicht des Individuums besonders erwähnt wurden. Obwohl die Gruppe derer, die den Nationalsozialismus miterlebt hat, von Jahr zu Jahr abnimmt, stehen eine ganze Anzahl von Betroffenen und 'bystanders' im Rahmen der Zeitzeugenbörse nach wie vor zu Gesprächen mit Schulklassen zur Verfügung.

Und so ist anzunehmen, dass die Partnerschaft zwischen der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz und der Zeitzeugenbörse, wie sie im folgenden Text in der **Veröffentlichung zum 25.Jahrestag des Bestehens der Gedenkstätte** 2017 beschrieben wird, aufrecht erhalten werden kann

---

## **Partnerschaft: Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz + ZeitZeugenBörse**

Die ZeitZeugenBörse ist ein gemeinnütziger Verein mit ca. 150 Zeitzeugen, der seit etwa 20 Jahren mit der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz eine enge Kooperation pflegt. Beide Institutionen verbindende Ziele sind u.a. die Vermittlung und Kommentierung zeitgeschichtlicher Ereignisse, politischer Zäsuren und deren Folgen für die Betroffenen. Der subjektive Blick eines Zeitzeugen kann hierbei eine wichtige Ergänzung zur Schärfung der Geschichtswahrnehmung sein. Die Auseinandersetzung mit der konkreten Geschichtserzählung eines Menschen in Form des persönlichen Gespräches besitzt eine Unmittelbarkeit und fordert von den Zuhörern die Auseinandersetzung mit der jeweiligen biographischen Perspektive ein.

Zu den Mitgliedern der ZeitZeugenBörse gehören jüdische und nicht-jüdische

Menschen, Kinder von Widerstandskämpfern, zurückgekehrte Emigranten wie auch Berliner, die die NS-Zeit im Versteck überlebten. Die interessierten Zuhörer im Haus der Wannsee-Konferenz waren bisher Berufstätige, Schüler und Studenten aus den unterschiedlichsten Ländern, die die Zeitzeugen im Rahmen von Seminarveranstaltungen trafen. Die gewünschten Themen betrafen nicht allein die Epoche des Nationalsozialismus, sondern auch die Erfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit und des Lebens in Ost- und Westdeutschland.

Die Mitglieder der ZeitZeugenBörse ihrerseits nutzen gerne die Unterstützung der wissenschaftlichen Mitarbeiter und profitieren von der Bibliothek der Gedenkstätte, wenn sie etwa Selbsterlebtes mit historischen Quellen und publizierten Forschungsergebnissen vergleichen wollen.

In der Vergangenheit wurden Historiker aus dem Haus der Wannsee-Konferenz zu Vorträgen in den Seminarraum der ZZB im Amerikahaus eingeladen. Hierzu gehörten Dr. Peter Klein, Dr. Wolf Kaiser, Dr. Christoph Kreutzmüller und der ehemalige Direktor Dr. Norbert Kampe. Dieser wechselseitige Austausch von Gedanken und Informationen mit Historikern gibt uns die Sicherheit, persönliche Erlebnisse angemessen zu reflektieren und sie in den historischen Kontext einzuordnen.

In unserem monatlichen ZeitZeugenBrief berichten wir auch regelmäßig über aktuelle Veranstaltungen, die im Haus der Wannsee-Konferenz stattgefunden haben.

.....Eva Geffers  
1.Vorsitzende der ZeitZeugenBörse  
und ehemalige Seminarleiterin in der  
Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz

62



---

## **Beginn einer neuer Ära** **Von Wolfhard Besser**

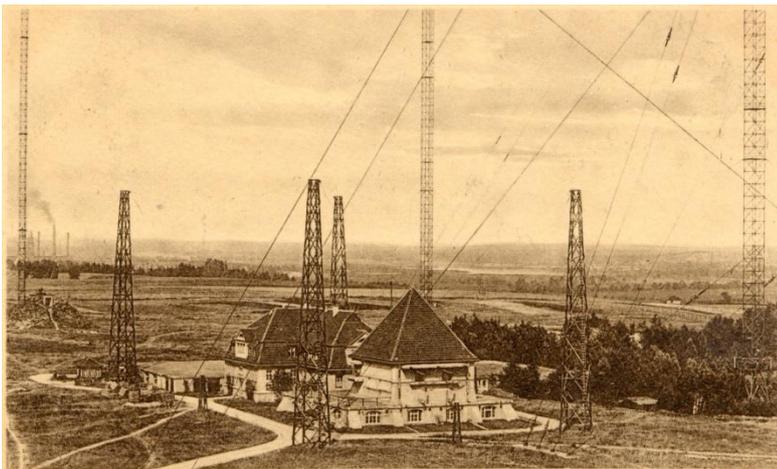
Was vor 100 Jahren geschah, hat keiner von uns miterlebt. Nur aus Erzählungen unserer Eltern und Großeltern können wir Kenntnis von Ereignissen der lange zurückliegenden Vergangenheit haben, wenn sie uns je erzählt worden sein sollten.

So verhält es sich auch mit einer Begebenheit, die lange zurückliegt. Sie begann 1911 im Umfeld von Berlin und führte 1920 am 22. Dezember zu einem epochemachenden Start: Die erste inoffizielle Radiosendung in Deutschland.

Eine zweite folgte in Anbetracht des gelungenen Starts wenige Monate später zu Ostern 1921 (23. März). Der eigentliche Gründungstag des deutschen Rundfunks liegt aber einige Jahre später. Nun kann ich kein Zeitzeuge sein. Aber von Berufs wegen und durch eigenes Interesse habe ich mich im Laufe der letzten 30 Jahre mit dem genannten Ereignis intensiv befasst.

Seit der Jahrhundertwende um 1900 entwickelte sich weltweit die Funktelegrafie. Federführend wurde auf diesem Gebiet vor und nach dem "Großen Krieg" - wie der 1. Weltkrieg damals bezeichnet wurde - die 1905 gegründete "Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie mbH" in Berlin. Sie beherrschte Jahre danach als zu einem großen

Konzern gewachsenem Unternehmen den fast gesamten Markt der drahtlosen Nachrichtentechnik nebst Forschung und Entwicklung. Zunächst betrieb sie als kleine Versuchsstation eine Sendestelle in Nauen. Schon seit 1913 bestand eine drahtlose telegrafische Überseeverbindung in die USA, die nach der Unterbrechung 1919 wieder durch eine inzwischen gegründete Tochtergesellschaft aufgenommen wurde. Der Konzern baute zudem im Auftrag des Reichspostministeriums den Großsender Königs Wusterhausen. Mit seiner Einrichtung konnte der drahtlose telegrafische Pressefunk auf Sprechfunk umgestellt werden. Diese technische Möglichkeit inspirierte 1920 pfliffige Postbeamte, die ein Instrument spielen konnten, eine "Radiosendung" als Konzert zu gestalten.



Sendeanlage auf dem Funkerberg mit dem Haus 1 (1925)  
Fotoquelle: Rundfunk-Technisches Museum  
Königs Wusterhausen/Wikipedia

Die Ausstrahlung aus einem provisorisch eingerichteten Studio im Haus 1 der Funkstation Königs Wusterhausen am 22. Dezember 1920 ging als die erste deutsche Radioübertragung in die Rundfunkgeschichte als "Weihnachtskonzert" ein. Aus der Sicht von heute war dieses Gebäude das "erste Funkhaus" Deutschlands, wie es kürzlich der Leiter des Funktechnik- und Sender-Museums KW, Rainer Suckow, in einem Deutschlandradio-Interview bezeichnete.

1922 schließlich wurde ein regelmäßiger Wirtschaftsfunk eingeführt, und am 29. Okto-

ber 1923 nahm in Berlin die "Sendegesellschaft Deutsche Welle AG" gemeinsam mit der "Funkstunde AG" und der "Reichsrundfunk GmbH" den regelmäßigen Sendebetrieb auf - aus einer kleinen Villa in der Potsdamer Straße, dem so genannten Voxhaus. Sie gehörte dem Schallplattenkonzern Vox. Dieses Datum gilt als die eigentliche Geburtsstunde des deutschen Rundfunks. Die technische Neuheit machte neugierig. Das Medium "Rundfunk" war zunächst nur von Funkamateuren zu empfangen oder mittels Detektorgeräten per Kopfhörer. In einfacher Bauweise konnten die Detektorempfänger selbst zusammengebaut werden. In der Folge entwickelten sich zahlreiche Kleinunternehmen, die die einzelnen Teile herstellten und vertrieben. Die "Bastler" holten sich also den Rundfunk ins Wohnzimmer. Das Musikprogramm des "Berliner Rundfunks" bestand in der Regel aus Schallplatten des Vox-Konzerns. Schließlich hatte das Unternehmen auch die Räumlichkeiten für den Rundfunkbetrieb nicht uneigennützig zur Verfügung gestellt.

Die großen Elektrokonzerne versuchten bereits vor dem 1. Weltkrieg und nach 1918 Einfluss auf das sich ankündigende neue Medium zu bekommen. Dabei ging es nicht nur um höhere Profite. Sie er-

kannten damals schon, dass ihnen mit der fortschreitenden Rundfunktechnik ein Instrument zur Massenbeeinflussung in die Hand gegeben war, wie sich dies damals bereits in den USA abzeichnete. Dort befanden sich die Radiostationen fest in Privatbesitz, wie Annemarie Lange in der Dokumentation "Berlin in der Weimarer Republik" (erschienen 1987/Dietz-Verlag) beschreibt. Die deutschen Elektrotechnik-Konzerne strebten ebenfalls diese Konstellation an. Aber in Deutschland hatte sich von Anbeginn der Staat die Aktienmehrheit gesichert. Die Großsender Nauen, Königs Wusterhausen und weitere im Land waren im Besitz der Deutschen Reichspost und somit des Staates. Von

Königs Wusterhausen aus wurden seit 1919 systematisch Versuche unternommen, Musikprogramme und Nachrichtensendungen in den Äther zu schicken. Die Nachrichten konnten in 80 Telegrafämtern empfangen werden, und die Reichspost verkaufte die Neuigkeiten an Zeitungsredaktionen. Zudem erkannten weitere Staatsämter den Nutzen der neuen Technik. Das Auswärtige Amt der Weimarer Republik installierte einen "Eildienst für amtliche und private Handelsnachrichten GmbH" mit über 2000 ausgesuchten "Rundsprech-Teilnehmern". Auf speziellen Wellenlängen konnten Großbanken und Konzerne Wirtschafts-, Handels- und Marktinformationen sowie die täglichen Börsenkurse empfangen. Chef dieser GmbH war der Bremer "Kaffeekönig" Ludwig Roselius (Kaffee Haag). Er stellte 1922 für die Gründung der Gesellschaft "Deutsche Stunde für drahtlose Belehrung und Unterhaltung mbH" 100 000 Goldmark zur Verfügung und danach noch einen großen Dollarkredit. Sicher in der Hoffnung, Einfluss auf das neue Medium zu bekommen. Dieses Streben nach Einfluss ist nur ein Beispiel der engen Verflechtung von Monopolinteressen und bürgerlichem Staatsapparat.

Wer Radio hören wollte, brauchte für den Empfang, wenn auch damals noch mit primitiven Geräten, eine Genehmigung der Deutschen Reichspost. Sie kostete 2 RM pro Monat. Viel Geld in der damaligen Zeit nach der gerade überstandenen Inflation.

Die Elektrobranche mischte überall mit, wenn es um den Rundfunk ging. 1925 wurde die Reichsrundfunk-Gesellschaft gegründet, die nach Richtlinien des Reichsinnenministers für die Programmgestaltung arbeitete. Das einfache Volk hatte allerdings keine Möglichkeit, die Programminhalte mitzubestimmen. Bertolt Brecht stellte Mitte der zwanziger Jahre in einem Artikel fest: "Der Rundfunk ist ein kolossaler Triumph der Technik - eine epochale Angelegenheit, aber wozu?"

Quellen: - Annemarie Lange "Berlin in der Weimarer Republik" Dietz-Verlag Berlin 1987)

- Eigenrecherche

## **Ehrlichkeit, Toleranz und Gänsehaut Von Rolf Triesch**

Vor etlichen Jahren habe ich in einer HALBKREIS-Veranstaltung der Zeitzeugenbörse zum Thema „Rockmusik in meinem Leben“ sprechen dürfen. Darauf möchte ich noch einmal zurückkommen.

Ich hatte damals gesagt, dass mich (Rock-)Musik zum größten Teil über die Musik / über den Sound anspricht und weniger über die Texte. Aber auch diese Regel hat ihre Ausnahmen. Allerdings muss ich mich in dieser Hinsicht auf deutschsprachige Musik beschränken, da mein Englisch nicht gut genug ist, um die Inhalte von englischen oder amerikanischen Rocksongs zu verstehen.

Besonders berührt haben mich seit vielen Jahren insbesondere Texte der aus Leipzig stammenden Band „Karussell“. Das erste Konzert von „Karussell“ habe ich meiner Erinnerung nach in den frühen 1980er Jahren im Kino „Kosmos“ in Berlin erlebt. Damals hat mich zunächst vordergründig die kraftvolle, blues- und rockorientierte Musik beeindruckt und auch die Tatsache, dass Karussell hauptsächlich gute **Musik** gemacht hat. Aufwändige Lichtshows und Spezialeffekte fehlten, ich habe sie aber auch nicht vermisst. Allmählich haben mich dann aber auch die Texte vieler ihrer Lieder sehr beeindruckt und bewegen mich heute noch stark.

Darin geht es häufig um Fragen der zwischenmenschlichen Beziehungen, von Wahrheit und Moral und alltägliche Verhaltensweisen – und es gibt natürlich auch wunderschöne Liebeslieder. Und das Ganze in einer für mich ansprechenden, mitunter poetischen, aber nicht abgehobenen Sprache. Es wurde auch über Dinge gesungen, die man auf den ersten Blick in der DDR-Rockmusik nicht vermuten würde. Auch wenn es vielleicht unüblich ist, möchte ich als Beispiel hier zwei Texte von Karussell-Liedern vorstellen:

### **„Das einzige Leben“**

*Er war der erste Mann und war der letzte  
auch -- und keiner der dazwischen war  
Das war der Mutter und der Mutter Mutter  
Brauch - und streng gescheitelt war ihr Haar*

*Sie hatte Kinder, eine Tochter, einen Sohn -  
die zog sie auf, die zogen fort  
Der Mutter und Mutter Mutter Lohn - ein  
leeres Haus ein leerer Hort  
Es war ihr Traum von einer großen guten  
Welt, die man beim lieben Gott für später  
hat bestellt*

*Refrain:*

*Sie sang: Oh Jesu Christ (Oh Jesu Christ), -  
bitte sei du mein Retter*

*Sie sang: Oh Jesu Christ (Oh Jesu Christ) -  
komm zu mir*

*Mit ihrem Glauben war sie glücklich alle Zeit  
- so glücklich stehen wir selten da  
Sagt, warum tat diese Frau mir leid - war ich  
betrübt wenn ich sie sah  
Es war ihr Traum von einer großen guten  
Welt- die man beim lieben Gott für später  
hat bestellt*

*Refrain*

*Und ging's zu End schlief sie lächelnd ein-  
da sah man sich betroffen an  
Weil man aus einem Leben nur allein - doch  
nicht so fröhlich scheiden kann*

Zu diesem Thema fällt einem dann sofort  
auch das Lied „Tritt ein in den Dom“ der Band  
„Electra“ ein.

### **„Ehrlich will ich bleiben“**

*Sagten mir die Eltern, als ich einmal sie  
belog:*

*Ehrlich währt am längsten! Oh, wie man  
mich gut erzog!*

*Also nahm ich es mit der Wahrheit sehr  
genau*

*und schlug sie mir auch manches Mal ein*

*Auge blau*

*(...)*

*Ehrlich will ich bleiben, ehrlich will ich sein!  
Lieder will ich schreiben, so wie ich sie  
mein'!*

*Lügenmale stehen keinem zu Gesicht,  
mir nicht, dir nicht, ihm nicht, ihr nicht, uns  
nicht!*

*Manchmal ist die Wahrheit doch recht  
abenteuerlich*

*Ruhiger lebt der noch, der sie schön behält  
für sich*

*Ach, laßt uns bauen hier der Wahrheit ein  
Zuhause'*

*daß man eines Tages sie gelassener spricht  
aus!*

Die ersten drei LP's von Karussell habe ich  
mir dann auch bald gekauft und sehr häufig  
gehört – bis heute erzeugen sie bei mir im-  
mer wieder eine Gänsehaut. Diese drei  
Schallplatten waren es auch, die ich von ei-  
nem Freund als allererste habe digitalisieren  
und auf CD brennen lassen, als ich das  
selbst noch nicht konnte.

Ähnlich geht es mir auch mit manchen Tex-  
ten der Ostberliner Band „Engerling“ – und  
natürlich auch bei denen von Gerhard  
Gundermann- der erfreulicherweise durch  
den Dresen-Film bundesweite Aufmerksam-  
keit fand - oder auch bei Stefan Stoppok aus  
dem Ruhrgebiet, um nur einige andere Musi-  
ker zu nennen.

Bei „Karussell“ und „Engerling“, Mitte / Ende  
der 1970er Jahre entstanden, finde ich es  
mittlerweile merkwürdig, wenn sie häufig  
noch als DDR-Rockgruppen bezeichnet wer-  
den – sind sie doch über 30 Jahre nach dem  
Ende der DDR nun schon viel länger gesamt-  
deutsch unterwegs, als sie es in der DDR je  
waren.

Beide Bands, in denen immer noch Grün-  
dungsmitglieder aktiv sind, kann man (bzw.  
konnte man „vor Corona“) noch live bei Kon-  
zerten erleben, was meine Frau und ich gern  
und ausgiebig getan haben.

Im herkömmlichen Radio ist diese Art Musik ja leider so gut wie gar nicht mehr zu hören, außer vielleicht einer guten Handvoll Titel von den Puhdys, von Silly, Karat, City und Dirk Michaelis.

Also bleibt einem fast nur die heimische Platten- und CD-Sammlung, wenn man auf solche Musik auch der weniger prominenten Bands nicht verzichten will. Aber immerhin bin ich vor einiger Zeit im Internet auf einen Musik-Stream über den Ostrock gestoßen, den ich nun gern nutze und empfehlen möchte – man gehe einfach auf: <https://www.rsa-sachsen.de/die-rsa-online-radios/rsa-ostrock>.

### **Stalin-Geschrei im Spaß-Palast** **Von Lutz Rackow** **(Reihe Berufseinstieg)**

In den ersten Monaten meines damals hoffnungsvollen Berufseinstiegs bei der in Ostberlin erscheinenden LDP-Tageszeitung „Der Morgen“, im Dezember meines Abiturjahrs 1950, hatte ich ein exemplarisches Erlebnis im damaligen Friedrichstadt-Palast, Haus der 3000. Dorthin war ich als Redaktionsseleve kommandiert worden. Jedoch nicht, um mich an Spaß, Gesang und langen Ballettbeinen zu erfreuen, an Darbietungen, über die bis heute halbblinde Chronisten bei jeder dazu passend erscheinenden Gelegenheit schwärmen, sondern als Zwangsgast bei einem Politspektakel zur Feier sowjetischer Besatzungspraxis in dem mittlerweile als Demokratie getarnten ostdeutschen Administrationsgebiets. Für mich war es ein Politschock zu einer Zeit, als auch noch von den Kommunisten von der Deutschen Einheit schwadroniert wurde. „Stalin, Stalin, Stalin“ – immer, wenn vom Redner im Friedrichstadt-Palast bei einer der damals häufigen SED-Staatsveranstaltungen für den Weltfrieden nach Moskauer Konzept der Name des bereits als Politverbrecher weltweit erkannten Sowjetherrschers genannt wurde, sprangen die 3000 Menschen im Saal wie elektrisiert auf,

skandierten in fanatisch erscheinendem Chor-Geschrei den Namen ihres kommunistischen Heiligen. Ich kam mir inmitten dieses wilden Geschreis als naiver Zeitzeuge vor, als sei ich unter eine Horde von verrückt gewordenen Idioten geraten. Immerhin gab es auch in meiner Zeitung damals noch Redakteure und Kommentatoren aus Westberlin, die zumindest in Redaktionskonferenzen recht eigenwillige Sprüche zur Tagespolitik zum Besten gaben. Zwei Jahre später [beim Aufstand 1953] wären alle die Jubel-Stalinisten in Stunden davon gefegt worden, wenn ihre Moskauer Beschützer nicht ihre Panzer losgelassen hätten. 1951 war ich schließlich froh darüber, nichts Derartiges mehr für meine Zeitung schreiben zu müssen, weil man über solche heiklen Veranstaltungen lieber den amtlichen Text von ADN druckte. Sonst hätte die Chefredaktion womöglich schon wegen irgendeiner protokollarischen Fehlformulierung erheblichen Ärger mit dem „Amt für Information“ der stalinistischen DDR-Regierung bekommen. Wohlmeinende leitende Redakteure, denen ich meinen Schrecken über das Erlebte bekannte, bewahrten mich vor künftigen Aufträgen dieses Kalibers.

Den alten Friedrichstadt-Palast habe ich erst Jahre später noch einmal besucht, als es mir mit meinem Presseausweis gelang, ein Billett für den Auftritt von „Satchmo, Luis Armstrong“ zu ergattern. Zu dieser Zeit war Stalin auch in Ostberlin schließlich notgedrungen zur politischen Unperson herabgestuft worden, wenn auch seine Ideologie über weite Bereiche Leitlinie der SED-Partei- und Staatsraison blieb.

Zum kürzlichen Jubiläum der Institution Friedrichstadt-Palast am historischen Erststandort auf den schon damals verfaulten Gründungspfählen nahe der Weidendammer Brücke über die Spree habe ich von solchen über Jahre dort zelebrierten SED Politspektakeln nichts gelesen, gesehen, gehört.

Als sei das „Haus der 3000“ stets ein Tempel ungetrübten Volksvergnügens gewesen!

## **Togo - to go - Geschichtliches zum Afrikanischen Viertel** **von Hubert Draegert**

Als mir der Zeitzeugenbrief November 2020 mit dem Titelbild des Straßenschildes „Togostraße“ ins Haus flatterte, stockte mir der Atem. Nun kommt auch noch das AUS für die Togostraße!? Der Grund meines Entsetzens ist schnell erklärt. 1936 erblickte ich das Licht der Welt und lebte fortan in der Togostraße 38 im Afrikanischen Viertel. Gott sei Dank trägt Frau Renate Degner in ihrer Betrachtung zum Afrikanischen Viertel zu meiner Beruhigung bei, indem sie aus dem nun schon ein Jahrzehnt währenden Streit um das koloniale Erbe die Erkenntnis zieht, dass der Name der Togostraße bestehen bleiben kann.

Groß geworden im Afrikanischen Viertel macht mich die Debatte um das koloniale Erbe ratlos. Der Nachtigalplatz bildet das Eingangstor in die Friedrich-Ebert-Siedlung mit beispielhaften Zeilenbauten namhafter Architekten, u.a. Bruno Taut. Viel Grün zwischen den Häusern und der angrenzende Volkspark Rehberge boten uns in der Kindheit unbegrenzte Spielmöglichkeiten. Die Freunde wohnten in der Swakopmunder-, Usambara- und Transvaalstraße. Wurde man nach seiner Wohnlage in Berlin gefragt, bezog man sich gern auf das Afrikanische Viertel. Weniger um das koloniale Andenken zu bewahren, mehr in dem Bemühen, den „Weddinger“ zu umschiffen. Wir hatten auch noch einen Kolonialwarenladen, der für die Grundnahrungsmittel sorgte. Das Firmenschild war bedeutungslos. Der Bombenkrieg hat das Viertel in großen Teilen verschont. Als nach Kriegsende 1945 bald die ersten Straßenbahnen wieder fahren, hat sich das Gefühl eingestellt, aus der zerbombten Innenstadt in das leidlich friedliche Afrikanische Viertel zu gelangen. Mit der zunehmenden Schulbildung fiel dem einen oder anderen schon mal auf, dass beim Nachtigalplatz ein L fehlte. Wohl dem, der noch immer an den Vogel denkt und dem die Rechtschreibung piepe ist. Nun stellte ich mit Schrecken fest, dass

ich in einer Gegend gelebt habe, die das Andenken an Schurken und Verbrecher hochhält. Nachvollziehbar ist, dass das Bezirksamt Wedding schon vor Jahren die Petersallee entschärfte. „Hängepeters“ wurde gegen einen verfolgten Stadtverordneten gleichen Namens ausgetauscht und auf dem Straßenschild mit einem Zusatztäfelchen vermerkt. Über Lüderitz kann man streiten, wengleich man von Touristen hört, wie sachlich Namibia mit dem Kolonialerbe umgeht. Die Lüderitzbucht heißt wohl nach wie vor so. Und Nachtigal? Eine Ausstellung im Zeughaus sowie Paul Munzinger am 27./28.8.2016 in der Süddeutschen Zeitung bescheinigten ihm einen guten Ruf als Afrikaforscher.

Das Bezirksamt Mitte kämpft seit Jahren mit Bürgerwidersprüchen zum Thema Straßenumbenennungen im Afrikanischen Viertel. Vielleicht sollte man den Wünschen der Bürger vor Ort mehr Gehör schenken, anstatt deren Vorstellungen als nervig und missliebig hinzustellen. Die Tilgung von Kolonialzeichen aus dem öffentlichen Raum ist Symbolpolitik, aus der eine reale Veränderung nicht erfolgt. Wir haben es hier mit kleinen, aber lautstarken Initiativen zu tun, die ihre z.T. berechtigten Anliegen im Kampf gegen Rassismus aktiv vortragen und sich im Besitz der alleinigen Deutungshoheit über historische Vorgänge glauben.

Vor Jahren gerieten schon in Lichterfelde-West der Kadettenweg, die Kommandantenstraße und in Zehlendorf der Schlachtensee in den Focus der Umbenener. Beim Schlachtensee waren sie auf dem Holzweg. Der Begriff ist slawischen Ursprungs und erinnert an keine Schlacht. Inzwischen gibt es neue Ideen: Onkel Toms Hütte, Spanische Allee, der Generalszug in Kreuzberg, Hornstraße etc.

Das Ausmerzen historisch heikler Namen und Bildnisse nimmt langsam Formen eines Kulturkampfes an.

(vgl. *Maritta Tkalec, Berliner Zeitung, 22./23.8.2020, S.8*)

## **Raphael Brähler**

Regelmäßige und aufmerksame Leser\*innen des Zeitzeugenbriefs kommt dieser Name vielleicht bekannt vor. Na klar! Der Student Raphael Brähler wurde im Monatsbrief Mai 2020 als „junges Blut im Zeitzeugenbüro“ vorgestellt. Raphael unterstützte die Arbeit im Büro besonders durch seine Mithilfe bei der Neustrukturierung der Zeitzeugendatei. Dann kam im März 2020 der erste Lockdown und die regelmäßige Arbeit im Büro musste auf Sparflamme geschaltet werden. Umso erfreulicher ist es, dass er mit seinem Bericht über die „Instrumentalisierung von Kriegsdenkmälern“ unseren Lesern\*innen mit dem Auszug aus seiner Seminararbeit einen Einblick in ein höchst spannendes historisches Thema gibt und die Arbeit unseres Vereins in dieser Weise unterstützt.

### **Politische Instrumentalisierung von Kriegsdenkmälern** *Von Raphael Brähler*

Nach dem Ende des 1. Weltkrieges kehrten mehr als 10 Millionen Soldaten nicht in ihre Heimat zurück, sie waren gefallen oder wurden vermisst. Viele Leichen waren unauffindbar oder konnten nicht identifiziert werden. Diese Tatsache führte zu der Entstehung außergewöhnlicher Trauerformen. Die meisten bis dahin gepflegten Riten beruhten auf der Beisetzung verstorbener Körper. Da jedoch viele Leichen nach dem Krieg nicht auffindbar oder zuzuordnen waren, wurden Denkmäler für die Hinterbliebenen geschaffen, um ihnen durch ein symbolisches Grab die Möglichkeit zu bieten, von den Verstorbenen Abschied zu nehmen und zu trauern. Doch das war nicht der ausschließliche Grund für die Entstehung von Denkmälern. Sie wurden zwischen den Weltkriegen auch dafür genutzt, politische Vorstellungen in die Gesellschaft zu tragen.

Nach Ende des Krieges hatten viele Angehörige die Hoffnung, dass sie einen Zugang zu

den Toten erhalten. In Deutschland entschied man sich jedoch dafür, die verstorbenen Soldaten nicht zurück nach Hause zu holen. Ein großer Teil wurde somit nicht in der Heimat, sondern auf fremden Boden bestattet. Um den Hinterbliebenen die Trauerarbeit zu erleichtern, wurden in dieser Zeit viele Denkmäler errichtet. Damit wurden Orte geschaffen, die es ermöglichten, Rituale und Gedenkfeiern abzuhalten, um dadurch die Aufopferungen der Verstorbenen auf symbolische Art zu ehren.

Für die im 1. Weltkrieg besiegten Nationen war das Veranlassen solcher Gedenkfeiern eine Herausforderung, da den Toten nicht auf dieselbe Art gedacht werden konnte wie in den Siegnationen. Zwar hatten diese auch Opferzahlen in Millionen Höhe zu beklagen, sie waren aber besser dazu in der Lage, gesellschaftlich akzeptable Symbole zu etablieren. Dies lag vor allem daran, dass die Interpretationen der Symbole flexibler waren, was einen allgemeinen Konsens bei der Ehrung der Kriegstoten ermöglichte. Die Siegnationen konnten dadurch trotz innerer Konflikte bei den Gedenkfeiern ihre Einheit behaupten. Den Verlierernationen war dies allerdings nicht möglich, was in Deutschland vor allem an den unterschiedlichen politischen Vorstellungen bezüglich des Umganges mit den gefallenen Soldaten lag.

Hierbei lassen sich mindestens zwei große politische Lager identifizieren. Das eine verfolgte die politische Strategie, die Niederlage des Krieges zu verdrängen, wodurch den Soldaten besser gedacht werden konnte. Durch die Verehrung der Taten der gefallenen Soldaten sollte ein Klima geschaffen werden, das es ermöglichte, den Verstorbenen nachzueifern. Bei dieser Art des Totengedankens fand eine Instrumentalisierung der Gefallenen statt, indem sie dafür benutzt wurde, eine kulturelle Vorbereitung für einen weiteren Krieg zu ermöglichen. Dem Gegenüber standen pazifistische Bewegungen, die vor allem an die Kriegstoten und dem damit einhergehenden Leid erinnern wollten. Durch diese Mahnung hofften sie, die Erinnerung an

den Krieg aufrechtzuerhalten, um damit weitere Kriege in der Zukunft zu verhindern.

Im Gegensatz zu den politischen Vorstellungen stellte die Trauer der Hinterbliebenen in dieser Zeit häufig ein verbindendes Element dar, welches die Trauergemeinden nicht spaltet, sondern sie durch eine kollektive Verlusterfahrung verband. Allerdings veränderte sich diese Form des Gedenkens gegen Ende der zwanziger Jahre. Die Trauersymbole wandelten sich binnen weniger Jahre zu einer einheitlichen und heroisierenden Symbolik. Durch diese Veränderung sollte das Opfer der Verstorbenen dazu genutzt werden, die Nation wiederzubeleben. Zu dieser Zeit entstand auch ein regelrechter „Erinnerungsboom“, durch den allerdings nicht die Phase des Schweigens und der Verdrängung abgelöst wurde, sondern aufheizende Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Formen des Kriegsgedenkens begannen, welche die Nationalsozialisten letztlich für sich entscheiden konnten. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde die kollektive Erinnerung als Instrument genutzt, um einen weiteren Krieg vorzubereiten. Dennoch gab es auch in dieser Zeit immer noch die Trauer um die Toten, wenn diese auch konsequent ab Ende der zwanziger Jahre politisch unterdrückt wurde.

Die Seminararbeit Raphael Brählers stützt sich auf Publikationen von Susanne Brandt, Anne Büttner, Elise Julien und Christian Saehrendt. Genaue bibliographische Angaben liegen der Redaktion vor.

### **30 Jahre Wiedervereinigung**

***Von Dr. Edith Kiesewetter-Giese***

In die Corona-Zeit fiel auch der Tag – 30 Jahre Wiedervereinigung -. In den Medien wurde darüber berichtet, und nicht alle ehemaligen DDR-Bürger konnten diesen Berichten zustimmen. Diese kontroverse Diskussion interessierte mich, und ich möchte hier einige Gedanken aufschreiben.

Wie war die Situation?

Durch die Entstehung von zwei deutschen Staaten wurde ein ehemals einheitliches und vielfältig verflochtenes Wirtschaftssystem zerrissen. Gebiete, in denen Rohstoffe gefördert wurden, standen z. B. unter polnischer Herrschaft. Diese sogenannten Teilungsproportionen mussten überwunden werden.

Das Land war vom 2. Weltkrieg sehr zerstört, und dennoch mussten von den vorhandenen Einrichtungen rd. 30 % der industriellen Kapazitäten als Reparationen von der DDR an die UdSSR abgegeben werden. Dazu kam, dass in den Jahren 1946 – 1953 noch einmal 22 % der erst langsam anlaufenden Produktion als Reparationen abgeführt wurden. Da die UdSSR in der DDR Aktiengesellschaften gegründet hat – z.B. Uranabbau – wurden noch einmal Arbeitskräfte gebunden, die für den Aufbau der Wirtschaft notwendig gewesen wären. Durch politische Maßnahmen, wie z. B. Bodenreform, Beschränkungen von Maßnahmen für nicht Arbeiter- und Bauernkinder, Einberufung zur NVA, Enteignungen u. a. verließen gut ausgebildete Menschen im arbeitsfähigen Alter diesen Staat.

Was man auch noch beachten sollte, in der DDR haben 92 % der Frauen im berufstätigen Alter gearbeitet. Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges blieben viele Frauen allein und mussten sich um Arbeit und Kinder kümmern. Das veränderte ihre Stellung in der Gesellschaft. Sie wurden selbstbewusst und finanziell unabhängig von ihrem Partner. Sie ließen sich nicht mehr an den Herd zurück schicken, so sie es nicht wollten.

92 % Werkstätigkeit waren möglich durch Betreuung in Kindereinrichtungen. Im Jahr 1985 gab es z. B. einen Versorgungsgrad, bezogen auf 1000 Kinder von 727 bei Kinderkrippen, 899 bei Kindergärten, 840 bei Hortkindern.

In der Schule gab es Milch oder Kakao und Mittagessen. Am Schuleschluss nahmen 1985 83% aller Schüler und an der Trinkmilchversorgung 72 % teil. Auf andere soziale Maßnahmen wie Kindergeld, Haushaltstag für berufstätige Frauen, Wochenurlaub nach einer

Geburt Babyjahr, bezahlte Freistellung bei Erkrankung der Kinder, Kinderferienlager, Preise für Lebensmittel, Kultur, Kleidung, Mieten, Strom, Dienstleistungen, möchte ich nicht näher eingehen. Dem Verbraucher dieser Leistungen war der tatsächliche Aufwand für diese subventionierten Leistungen nicht mehr bewusst.

Von den rd. 4,2 Mio. weiblichen Beschäftigten, fast die Hälfte aller Beschäftigten insgesamt, verfügten 80 % über eine abgeschlossene berufliche Ausbildung, rd. 23 % hatten einen Hoch- bzw. Fachschulabschluss.

Das Recht auf Arbeit war in der Verfassung festgelegt. Dies u. a. Fakten sahen viele DDR-Bürger als selbstverständlich an. Mit der Wirtschafts- und Währungsunion gingen Arbeitsplätze verloren. Menschen über 50 Jahre wurden abgewickelt, die meisten sozialen und kulturellen Systeme brachen zusammen. So entstand das Gefühl, schon wieder benachteiligt zu sein.

Über Nacht galt plötzlich ein über 40 Jahre gewachsenes Gesetzeswerk, das man nicht kannte. Die Menschen der DDR hatten sich die DM gewünscht. Nun war sie da.

Die Preise, Mieten u. a. stiegen. Die Betriebe wurden abgewickelt: 85 % gingen in den Besitz von westdeutschen Bürgern, 10 % an Ausländer, 5 % an DDR-Bürger.

Durch die „Treuhand“ wurden 3 Mio. Arbeitskräfte arbeitslos. „Die Treuhand wurde ursprünglich von der Volkskammer eingesetzt, um die DDR-Bevölkerung am DDR-Volkvermögen partizipieren zu lassen. Doch sie wurde neu besetzt und ihr Zweck in sein Gegenteil verkehrt. ...Insolvenzen, Massenarbeitslosigkeit und eine Deindustrialisierung ganzer Landstriche war die Folge.“ (Gregor Gysi – Superillu 06/2020)

Die Menschen, die nicht so schnell wieder in Brot und Arbeit kamen, mussten zum Arbeitsamt. Das war ungewohnt, und sie kamen sich

wie Bettler vor. Oft mussten sie sich anhören, dass sie überqualifiziert sind. Diesen überqualifizierten wurden deprimierende Stellen angeboten. An die Stelle ostdeutscher Führungskräfte, Professoren u. a., wurden Menschen aus den alten Bundesländern - nicht immer die erste Wahl – gesetzt. Gut ausgebildete Menschen litten unter Leiharbeit, Qualifizierungsmaßnahmen u. a.

Die Menschen zogen der Arbeit hinterher und fehlten in ihrer Heimat. Die Familien wurden getrennt. In den Chefetagen regierten „Wessis“.

30 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es immer noch Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern – Löhne, Renten, Arbeitsverträge - .Das sind einige Fakten, die deutlich machen sollen, warum es immer wieder diese Ost-West-Diskussion gibt.

Die Menschen haben durch den „Kalten Krieg“ mit seinen Folgen für die Wirtschaft und die Einbringung in das „Sowjetische System“ einen hohen Preis bezahlt, und nach der Übernahme durch die BRD hat das Selbstbewusstsein gelitten. Sie mussten sich von einigen Bürgern der alten Bundesländer, die nie in einer Diktatur gelebt haben, als dumme Ossen beschimpfen lassen. Die DDR-Bürger hatten sich die Freiheit ertrötet und erkämpft und mussten nun feststellen, dass ihre Lebensleistungen oft nicht akzeptiert wurden und die Sieger, die das Sagen haben, wieder andere sind.

Vielleicht regen diese Zeilen zum Nachdenken an, warum es immer noch und vor allem nach 30 Jahren so eigenartige Diskussionen gibt.

Quelle: Siegfried Wenzel „Was war die DDR wer?“, ISBN 3-360-00940-1

Bednarek, Bühl, Koch „Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund 1945 – 1990, ISBN 10-3-89793-122-2

## In eigener Sache

### Verschickungen in der Kindheit (Fortsetzung)

Die Redaktion der Zeitzeugenbörse dankt allen Autoren und Autorinnen der bereits in der Zeitzeugenbörse eingetroffenen Texte zu "Kinderreisen aus unterschiedlichsten Anlässen". Wir planen, mit den Veröffentlichungen im Mai-ZeitZeugenBrief 2021 zu beginnen und würden uns freuen, wenn auch Sie - liebe Leser und Leserinnen - uns recht bald Ihren Beitrag zusenden würden! Mit freundlichen Grüßen  
Die Redaktion des ZeitZeugenBriefes

❁❁❁❁❁ Gratulationen ❁❁❁❁❁

**Wir gratulieren allen im März und April geborenen Zeitzeuginnen, Zeitzeugen und Mitgliedern**

#### März

**06.03. Ulrich Heilgendorf, 10.03. Gertrud Schönberg, 11.03. Manfred Meier, 12.03. Karin Manke, 16.03. Helmut Meyer, 27.03. Gabriel Berger**

#### April

**06.04. Gertrud Achinger, 06.04. Hartmut Topf, 07.04. Manfred Roseneit, 07.04. Horst Schütze, 13.04. Irmgard Peters, 14.04. Elisabeth Schmidt, 18.04. Günter Böhm, 18.04. Alexander Latotzky, 23.04. Jens Splettstöhser, 23.04. Klaus Peschke, 25.04. Eva-Maria Korte, 30.04. Charlotte Oberberg, 30.04. Christin Sommerfeld**

#### Impressum

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!  
V.i.S.d.P: Jens Splettstöhser, Redaktion: Eva Geffers, redaktionelle Mitarbeit: Elli Tellmann, Lektorat und Layout: Margot Schmezer

ZeitZeugenBörse e.V., Togostr. 74, 13351 Berlin, ☎ 030-44046378

Mail: [info@zeitzeugenboerse.de](mailto:info@zeitzeugenboerse.de) – [www.zeitzeugenboerse.de](http://www.zeitzeugenboerse.de)

Bürozeiten: Montag, Mittwoch, Freitag 10 – 13 Uhr

Redaktionsschluss ist der 15. des Monats vor jeder Ausgabe. Kürzungen und Bearbeitungen der Beiträge bleiben der Redaktion vorbehalten. Den Wunsch nach Kontrolle vor der Veröffentlichung bitte extra und mit Tel.-Nr. vermerken.

Über Spenden freuen wir uns sehr: Bank für Sozialwirtschaft

BIC: BFSWDE33BER

IBAN: DE83 1002 0500 0003 3407 01

Typowerk Design und Druck

BODONI Vielseithof, Buskower Dorfstraße 22

16816 NEURUPPIN/OT BUSKOW

☎ 033915109095, FAX: 030-28387568, Mail: [info@bodoni.org](mailto:info@bodoni.org)

**Die ZeitZeugenBörse e.V. wird gefördert von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales**